

ERKLÄRUNG ÜBER DAS NICHTVORHANDENSEIN VON NICHTERTEILBARKEITS- UND UNVEREINBARKEITSGRÜNDEN*, abgegeben im Sinne von Artikel 20 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, und Artikel 3 des D.LH. Nr. 12/2018, in geltender Fassung

* Sollte durch die Erteilung des Auftrags eine Unvereinbarkeitssituation entstehen, so muss diese mittels Verzicht auf eine der beiden unvereinbaren Positionen (Auftrag oder Amt) bereits vor der Auftragserteilung beseitigt werden.

Für die Definition der kursiv geschriebenen Begriffe, siehe Artikel 1 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung.

Die/Der Unterfertigte CHRISTIAN OLVETTI
 geboren in Bozen am 03.12.1975
 wohnhaft in Bozen Prov. BZ PLZ 39100
 Straße/Platz IMMENS AUERE 114 E

unter Bezugnahme auf den Auftrag als

Dir. ART INSTANZHALTUNG

des Institutes für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol (nachfolgend „WOBI“ genannt) 1,

ERKLÄRT UNTER PERSÖNLICHER VERANTWORTUNG

im Sinne der Bestimmungen über die Ersatzbescheinigungen und Ersatzerklärungen gemäß Artikel 46 und 47 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, und im Bewusstsein der strafrechtlichen Verantwortung, auf die Artikel 76 des genannten Dekretes für den Fall der Herstellung oder des Gebrauchs von Falschurkunden und der Abgabe von unwahren Erklärungen verweist, sowie der von den Artikeln 17, 19 und 20 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, vorgesehenen zivil- und verwaltungsrechtlichen Sanktionen,

• Kenntnis zu haben von den Nichterteilbarkeitsgründen laut Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, und sich, zum heutigen Datum, IN KEINER DER BETREFFENDEN SITUATIONEN ZU BEFINDEN, insbesondere:

- nicht wegen einer der Straftaten laut dem II. Buch 2. Titel I. Abschnitt des geltenden Strafgesetzbuchs (also wegen Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung) verurteilt worden zu sein, auch wenn es sich um ein noch nicht rechtskräftiges Urteil oder ein Urteil zum Zwecke der Strafzumessung auf Antrag im Sinne von Artikel 444 der geltenden Strafprozessordnung handelt [Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a) und c), sowie Artikel 3 Absatz 7 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung] 2,

- in den vorhergehenden 2 Jahren in Körperschaften des privaten Rechts, die vom WOBI geregelt oder finanziert werden, keine Aufträge durchgeführt oder Ämter bekleidet zu haben [Artikel 4 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung]

[nur für: a) Aufträge in einer Spitzenposition im Verwaltungsbereich und b) externe Führungsaufträge, die den spezifischen Bereich oder das spezifische Amt der Verwaltung betreffen, der bzw. das die Regelungs- und Finanzierungsbefugnisse ausübt],

- in den vorhergehenden 2 Jahren keine selbständigen beruflichen Tätigkeiten ausgeübt zu haben, die vom WOBI geregelt, finanziert oder wie auch immer vergütet werden (Artikel 4 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung)

[*nur für: a) Aufträge in einer Spitzenposition im Verwaltungsbereich und b) externe Führungsaufträge, die den spezifischen Bereich oder das spezifische Amt der Verwaltung betreffen, der bzw. das die Regelungs- und Finanzierungsbefugnisse ausübt*],

- in den vorhergehenden 2 Jahren weder Mitglied der Landesregierung noch des Landtags der Autonomen Provinz Bozen gewesen zu sein [Artikel 7 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung] 3),

- im vorhergehenden Jahr weder Mitglied des Ausschusses noch des Rates einer Südtiroler Gemeinde mit über 15.000 Einwohnern oder einer Form zwischengemeindlichen Zusammenschlusses von Südtiroler Gemeinden mit insgesamt über 15.000 Einwohnern gewesen zu sein [Artikel 7 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung] 3),

- im vorhergehenden Jahr in einer von der Autonomen Provinz Bozen oder von einer der im vorhergehenden Punkt genannten örtlichen Körperschaften (also eine Südtiroler Gemeinde mit über 15.000 Einwohnern oder eine Form zwischengemeindlichen Zusammenschlusses von Südtiroler Gemeinden mit insgesamt über 15.000 Einwohnern) kontrollierten Körperschaft des privaten Rechts weder das Amt des Präsidenten noch jenes des Geschäftsführers bekleidet zu haben [Artikel 7 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung] 3);

ANMERKUNGEN:

Anmerkung 1)

Die Führungsfunktion angeben, auf die sich die Erklärung bezieht (z.B.: Generaldirektorin/Generaldirektor, Direktorin/Direktor der Abteilung X, Direktorin/Direktor des Amtes Y, etc.).

Anmerkung 2)

Zur Bestimmung der zeitlichen Dauer der Nichterteilbarkeit muss auf die Absätze 2 und 3 des Artikels 3 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, Bezug genommen werden; zur Bestimmung der Art von Aufträgen, welche (keine Ausübung von Verwaltungsbefugnissen zum Gegenstand haben) und in einigen Fällen von Verurteilung wegen Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung erteilt werden dürfen, siehe Absatz 4 des genannten Artikels 3.

Anmerkung 3)

Die Fälle von Nichterteilbarkeit laut Artikel 7 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, gelten nicht für die Bediensteten derselben Verwaltung, öffentlichen Körperschaft oder öffentlich kontrollierten Körperschaft des privaten Rechts, die zum Zeitpunkt der Übernahme des politischen Amtes Inhaber von Aufträgen waren (Artikel 7 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung).

• Kenntnis zu haben von den Unvereinbarkeitsgründen laut Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, und sich, zum heutigen Datum, IN KEINER DIESER SITUATIONEN ZU BEFINDEN, insbesondere:

- für das WOBI nicht gleichzeitig einen Auftrag in einer Spitzenposition im Verwaltungsbereich oder einen Führungsauftrag, der Aufsichts- oder Kontrollbefugnisse über die Tätigkeiten der vom WOBI geregelten oder finanzierten Körperschaften des privaten Rechts mit sich bringt, und Aufträge oder Ämter in vom WOBI geregelten oder finanzierten Körperschaften des privaten Rechts innezuhaben [Artikel 9 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung] 4), 5)

[*nur für: Aufträge in einer Spitzenposition im Verwaltungsbereich und Führungsaufträge, die Aufsichts- oder Kontrollbefugnisse über die Tätigkeiten der vom WOBI geregelten oder finanzierten Körperschaften des privaten Rechts mit sich bringen*],

- keine selbständige berufliche Tätigkeit auszuüben, die vom WOBI geregelt, finanziert oder wie auch immer vergütet wird [Artikel 9 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung],

- keines der folgenden Ämter zu bekleiden: Präsident des Ministerrates, Minister, Vizeminister, Unterstaatssekretär, außerordentlicher Regierungskommissär laut Artikel 11 des G. Nr. 400/1988, in geltender Fassung, oder Parlamentarier [Artikel 11 Absatz 1, sowie Artikel 12 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung],

- keines der folgenden Ämter zu bekleiden:

a) Mitglied der Landesregierung oder des Landtags der Autonomen Provinz Bozen,

b) Mitglied des Ausschusses oder Rates einer Südtiroler Gemeinde mit über 15.000 Einwohnern oder einer Form zwischengemeindlichen Zusammenschlusses von Südtiroler Gemeinden mit insgesamt über 15.000 Einwohnern,

c) Präsident und Geschäftsführer einer von der Autonomen Provinz Bozen kontrollierten Körperschaft des privaten Rechts [Artikel 11 Absatz 2, sowie Artikel 12 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 39/2013 in geltender Fassung] 6).

ANMERKUNGEN:

Anmerkung 4)

Laut Beschluss Nr. 47/2013 der Civit besteht die gegenständliche Unvereinbarkeitssituation ausschließlich im Verhältnis zu den Ämtern eines „Präsidenten mit direkten Verwaltungsaufgaben, Geschäftsführers bzw. Führungskraft, oder der ständigen Ausübung von Beratungstätigkeit für die Körperschaft“, und zwar im Sinne der Begriffsbestimmungen laut Artikel 1 Absatz 2 des GvD Nr. 39/2013, in geltender Fassung.

Anmerkung 5)

Für die Definition von "öffentlich geregelte oder finanzierte Körperschaften des privaten Rechts" siehe Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d) des Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung: „die Gesellschaften und die weiteren Körperschaften des privaten Rechts, auch ohne Rechtspersönlichkeit, bei denen die auftragserteilende Verwaltung: 1) die Haupttätigkeit regelt, indem sie, auch durch die Ausstellung von Ermächtigungen oder Konzessionen, dauerhaft Aufsichts-, Kontroll- oder Zertifizierungsbefugnisse ausübt; 2) eine Minderheitsbeteiligung am Kapital besitzt; 3) die Tätigkeiten durch Vertragsverhältnisse, wie z.B. öffentliche Verträge, öffentliche Dienstleistungsverträge und Verträge betreffend die Konzession von öffentlichen Gütern finanziert“

Anmerkung 6)

Für die Definition von "öffentlich kontrollierte Körperschaften des privaten Rechts" siehe Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c) des Gv.D. Nr. 39/2013 in geltender Fassung: „die Gesellschaften und die weiteren Körperschaften des privaten Rechts, die Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, für die öffentlichen Verwaltungen Güter und Dienstleistungen produzieren oder öffentliche Dienste verwalten, die im Sinne des Art. 2359 des Zivilgesetzbuches von den öffentlichen Verwaltungen kontrolliert sind, oder die Körperschaften, in denen die öffentlichen Verwaltungen, auch ohne Aktienbeteiligung, zur Ernennung der Spitzenpositionen oder der Mitglieder der Körperschaftsorgane befugt sind“

• **ODER SICH IN FOLGENDEN SITUATIONEN ZU BEFINDEN, DIE EINE:**

- **Nichterteilbarkeit begründen:**

oder

- **Unvereinbarkeit begründen** (N.B.: nur die Unvereinbarkeitsgründe können vor der Erteilung des Auftrags beseitigt werden, und zwar durch eine ordnungsgemäß übermittelte Verzichtserklärung auf eine der beiden unvereinbaren Positionen):

Zum Zwecke der Überprüfung der gemachten Angaben werden ausschließlich jene Ersatz-erklärungen als gültig betrachtet, die eine Auflistung **SÄMTLICHER AUFTRÄGE ODER ÄMTER** beinhalten, die die/der Betroffene in den vorhergehenden 2 Jahren ausgeführt bzw. bekleidet hat, sowie der **EVENTUELLEN VERURTEILUNGEN** wegen Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung, auch wenn das jeweilige Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Zu diesem Zweck erklärt **die/der Unterfertigte, unter persönlicher strafrechtlicher Verantwortung:**

- **zum heutigen Datum bzw. in den vorhergehenden 2 Jahren:**

kein Amt in irgendwelchen Körperschaften zu bekleiden bzw. bekleidet zu haben, und keinen Auftrag bzw. keine selbständige berufliche Tätigkeit auszuüben bzw. ausgeübt zu haben, die vom WOBI geregelt, finanziert oder wie auch immer vergütet wird bzw. wurde,

oder

- **zum heutigen Datum bzw. in den vorhergehenden 2 Jahren:**

die nachstehend angeführten Ämter in folgenden Körperschaften zu bekleiden bzw. bekleidet zu haben und/oder die folgenden Aufträge oder selbständigen beruflichen Tätigkeiten auszuüben bzw. ausgeübt zu haben, die vom WOBI geregelt, finanziert oder wie auch immer vergütet werden bzw. wurden:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____

Außerdem verpflichtet sich die/der Unterfertigte im Sinne von Artikel 5 des D.LH. Nr. 12/2018, in geltender Fassung, dem auftragserteilenden Organ sowie dem Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung (RPC), innerhalb von 15 Tagen ab erfolgter Kenntnisnahme, schriftlich eventuelle Änderungen mitzuteilen, die für die gegenständliche Erklärung relevant sind, also das Entstehen von Nichterteilbarkeits- oder Unvereinbarkeitssituationen (wie z.B. der Erlass eines auf Verurteilung lautenden Urteils – dem das Urteil zum Zwecke der Strafzumessung auf Antrag im Sinne von Artikel 444 der geltenden Strafprozessordnung gleichgestellt ist – wegen einer Straftat gegen die öffentliche Verwaltung), die gerichtliche Maßnahme betreffend die Einleitung des Hauptverfahrens, oder die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen korrupten Verhaltens, im Hinblick auf die außerordentliche Rotation laut Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe I)-quater des Gv.D. Nr. 165/2001, in geltender Fassung.

Information gemäß Artikel 13 der geltenden Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung: Institut für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol mit Rechtssitz in Bozen, Horazstraße Nr. 14. Telefonnummer 0471-906666, E-Mail-Adresse: info@wobi.bz.it, Zertifiziertes E- Mail Postfach (PEC): info@pec.wobi.bz.it.

Datenschutzbeauftragte (DSB): Renorm GmbH, mit Rechtssitz in Bozen, Schachthofstraße Nr. 50. Telefonnummer: 0471-1882777, E-Mail-Adresse: info@renorm.it, Zertifiziertes E- Mail Postfach (PEC): renorm@legalmail.it.

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Personal des Institutes für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne von LG. Nr. 6/2022, in geltender Fassung, von G. Nr. 190/2012, in geltender Fassung, und entsprechenden Umsetzungsbestimmungen (insbesondere: Gv.D. Nr. 33/2013, in geltender Fassung, Gv.D. Nr. 39/2013, in geltender Fassung, und D.P.R. Nr. 62/2013, in geltender Fassung), von LG. Nr. 17/1993, in geltender Fassung, von D.LH. Nr. 12/2018, in geltender Fassung, und von dem geltenden Verhaltenskodex für das Personal des Institutes für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol, angegeben wurden. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben dem Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und Transparenz, dem Personal der Generaldirektion und des Amtes Personal und Organisation mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des

informationstechnischen Systems und/oder der institutionellen Website des Institutes für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol, erbringen. Diese Rechtsträger verpflichten sich, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden und zwar für den Zeitraum von 5 Jahren.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Die betroffene Person erklärt, dass sie Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen hat.

Ort und Datum Bt - 21.04.2023

Die erklärende Person _____



DICHIARAZIONE SULL'INSUSSISTENZA DI CAUSE DI INCONFERIBILITÀ E INCOMPATIBILITÀ* resa ai sensi dell'articolo 20 del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche, e dell'articolo 3 del D.P.P. n. 12/2018, e successive modifiche

* La situazione di incompatibilità che emerge deve essere rimossa (con la rinuncia a una delle due posizioni - incarico o carica - incompatibili).

Per le definizioni scritte in corsivo, vedasi il comma 2 dell'articolo 1 del d.lgs. n. 39/2013.

La sottoscritta/Il sottoscritto CARISTIAN OLIVETTI
nata/nato a BOLZANO il 03.12.1975
residente a BOLZANO prov. Bt cap 39100
via/piazza VIALE DUSO 114 E
in relazione all'incarico di
Dir. UFF. TEC. MANUTENZIONE

dell'Istituto per l'edilizia sociale della Provincia autonoma di Bolzano (di seguito denominato "IPES") 1,

DICHIARA SOTTO LA PROPRIA RESPONSABILITÀ

ai sensi degli articoli 46 e 47 del D.P.R. n. 445/2000, e successive modifiche, consapevole delle sanzioni penali, nel caso di dichiarazioni non veritiere, di formazione o uso di atti falsi, richiamate dall'articolo 76 del citato decreto e consapevole delle sanzioni civili e amministrative previste dagli articoli 17, 19 e 20 del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche,

- **di essere a conoscenza delle cause di inconferibilità di cui al d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche, e DI NON TROVARSI, alla data odierna, in alcuna causa di esse, ed in particolare:**

- di non essere stata condannata/stato condannato, anche con sentenza non passata in giudicato, per i reati previsti nel capo I del titolo II del libro II del vigente c.p. (cioè i reati contro la P.A.), cui è equiparata la sentenza di applicazione della pena ai sensi dell'articolo 444 del vigente c.p.p. [articolo 3, comma 1, lettere a) e c), e articolo 3, comma 7, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche] 2;

- di non aver svolto, nei 2 anni precedenti, incarichi e ricoperto cariche in enti di diritto privato regolati o finanziati dall'IPES [articolo 4, comma 1, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche]

[solo per: a) gli incarichi amministrativi di vertice e b) gli incarichi dirigenziali esterni che siano relativi allo specifico settore o ufficio dell'amministrazione che esercita i poteri di regolazione e finanziamento];

- di non avere, nei 2 anni precedenti, svolto in proprio attività professionali regolate, finanziate o comunque retribuite dall'IPES [articolo 4, comma 1, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche]

[solo per: a) gli incarichi amministrativi di vertice e b) gli incarichi dirigenziali esterni che siano relativi allo specifico settore o ufficio dell'amministrazione che esercita i poteri di regolazione e finanziamento];

- di non essere stata/stato, nei 2 anni precedenti, componente della Giunta o del Consiglio provinciale della Provincia Autonoma di Bolzano [articolo 7, comma 1, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche] 3;

- di non essere stato/stato, nell'anno precedente, componente della Giunta o del Consiglio di un Comune con popolazione superiore ai 15.000 abitanti della Provincia autonoma di Bolzano o di una forma associativa tra Comuni della medesima Provincia aventi, nel loro insieme, una popolazione superiore ai 15.000 abitanti [articolo 7, comma 1, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche] 3);

- di non essere stata/stato, nell'anno precedente, presidente o amministratrice delegata/amministratore delegato di un ente di diritto privato in controllo pubblico da parte della Provincia autonoma di Bolzano o da parte di uno degli enti locali menzionati al punto precedente (ossia di un Comune della Provincia autonoma di Bolzano con popolazione superiore ai 15.000 abitanti o di una forma associativa tra Comuni della medesima Provincia aventi, nel loro insieme, una popolazione superiore ai 15.000 abitanti) [articolo 7, comma 1, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche] 3).

NOTE:

Nota 1)

Specificare la funzione dirigenziale oggetto della presente dichiarazione (es. Direttrice/Direttore generale, direttrice/direttore della ripartizione X, direttrice/direttore dell'ufficio Y, ecc.).

Nota 2)

Ai fini della determinazione della durata dell'inconferibilità, vedasi i commi 2 e 3 dell'articolo 3 del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche; ai fini dell'individuazione della tipologia di incarichi (diversi da quelli che comportano l'esercizio delle competenze di amministrazione e gestione) conferibili in alcuni casi di condanna per reati contro la P.A., vedasi il comma 4 del citato articolo 3.

Nota 3)

Le inconferibilità di cui all'articolo 7 del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche, non si applicano alle/ai dipendenti della stessa amministrazione, ente pubblico o ente di diritto privato in controllo pubblico che, all'atto di assunzione della carica politica, erano titolari di incarichi (articolo 7, comma 3).

• **di essere a conoscenza delle cause di incompatibilità di cui al d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche, e DI NON TROVARSI, alla data odierna, in alcuna causa di esse, ed in particolare:**

- di non avere, da parte dell'IPES, un incarico amministrativo di vertice o un incarico dirigenziale che comporta poteri di vigilanza o controllo sulle attività svolte da enti di diritto privato regolati o finanziati dall'IPES e, al tempo stesso, incarichi e/o cariche in quegli stessi enti di diritto privato regolati o finanziati dall'IPES [articolo 9, comma 1, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche] 4), 5)

[solo per: incarichi amministrativi di vertice e gli incarichi dirigenziali che comportano poteri di vigilanza o controllo sulle attività svolte dagli enti di diritto privato regolati o finanziati dall'IPES];

- di non svolgere in proprio un'attività professionale regolata, finanziata o comunque retribuita dall'IPES [articolo 9, comma 2, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche];

- di non ricoprire la carica di Presidente del Consiglio dei ministri, Ministro, Vice Ministro, Sottosegretario di Stato, Commissario straordinario del Governo di cui all'articolo 11 della l. n. 400/1988, e successive modifiche, o parlamentare [articolo 11, comma 1, nonché articolo 12, comma 2, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche]

- di non ricoprire:

a) la carica di componente della Giunta o del Consiglio provinciale della Provincia autonoma di Bolzano;

b) la carica di componente della Giunta o del Consiglio di un Comune con popolazione superiore ai 15.000 abitanti o di una forma associativa tra Comuni avente la medesima popolazione, ricompresi nella Provincia autonoma di Bolzano;

c) la carica di presidente e amministratrice delegata amministratore delegato di un ente di diritto privato in controllo pubblico da parte della Provincia autonoma di Bolzano [articolo 11, comma 2, nonché articolo 12, comma 3, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche] 6),

NOTE:

Nota 4)

Secondo la vigente delibera Civit n. 47/2013, l'ipotesi di incompatibilità in esame sussiste esclusivamente rispetto alle cariche di "presidente con deleghe gestionali dirette, AD e dirigente, o allo svolgimento stabile di attività di consulenza

a favore dell'ente", e ciò ai sensi dell'articolo 1, comma 2, del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche, dedicato alla puntualizzazione delle definizioni.

Nota 5)

Per la definizione di "ente di diritto privato regolato o finanziato", vedasi articolo 1, comma 2, lettera d), del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche: "le società e gli altri enti di diritto privato, anche privi di personalità giuridica, nei confronti dei quali l'amministrazione che conferisce l'incarico: 1) svolga funzioni di regolazione dell'attività principale che comportino, anche attraverso il rilascio di autorizzazioni o concessioni, l'esercizio continuativo di poteri di vigilanza, di controllo o di certificazione; 2) abbia una partecipazione minoritaria nel capitale; 3) finanzia le attività attraverso rapporti convenzionali, quali contratti pubblici, contratti di servizio pubblico e di concessione di beni pubblici".

Nota 6)

Per la definizione di "ente di diritto privato in controllo pubblico", vedasi articolo 1, comma 2, lettera c), del d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche: "le società e gli altri enti di diritto privato che esercitano funzioni amministrative, attività di produzione di beni e servizi a favore delle amministrazioni pubbliche o di gestione di servizi pubblici, sottoposti a controllo ai sensi dell'articolo 2359 c.c. da parte di amministrazioni pubbliche, oppure gli enti nei quali siano riconosciuti alle pubbliche amministrazioni, anche in assenza di una partecipazione azionaria, poteri di nomina dei vertici o dei componenti degli organi".

• **OPPURE DI TROVARSI NELLE SEGUENTI CAUSE**

- di inconferibilità:

ovvero

- di incompatibilità (N.B.: la sola causa di incompatibilità è rimovibile prima del conferimento dell'incarico, con rinuncia – debitamente trasmessa – ad una delle cariche incompatibili):

Ai fini dell'accertamento di quanto dichiarato sopra sono accettate solo le autodichiarazioni con elencazione di **TUTTI GLI INCARICHI O CARICHE** rispettivamente svolti o ricoperte negli ultimi 2 anni, nonché delle **EVENTUALI CONDANNE**, ancorché non passate in giudicato, per reati contro la P.A..

A tal fine, quindi, **la sottoscritta/il sottoscritto dichiara, sotto responsabilità penale:**

- di non ricoprire o aver ricoperto negli ultimi 2 anni alcuna carica presso alcun ente, e di non svolgere alla data odierna, o non aver svolto negli ultimi 2 anni alcun incarico o attività professionale in proprio regolata, finanziata o retribuita dall'IPES;

ovvero

- di ricoprire o di aver ricoperto negli ultimi due anni le seguenti cariche presso qualche ente, e di svolgere alla data odierna, o di aver svolto negli ultimi due anni, i seguenti incarichi o attività professionale in proprio regolata, finanziata o retribuita dall'IPES:

1. _____

2. _____

3. _____

4. _____

Inoltre, il sottoscritto/la sottoscritta, ai sensi dell'articolo 5 del D.P.P. n. 12/2018, e successive modifiche, si obbliga a comunicare per iscritto all'organo che ha conferito l'incarico nonché al RPC (responsabile per la prevenzione della corruzione), entro 15 giorni dall'avvenuta conoscenza, eventuali variazioni che possano interessare la presente dichiarazione, cioè l'insorgenza di cause di inconferibilità o incompatibilità (quali ad es., l'avvenuta emanazione di una sentenza di condanna - cui è equiparata la sentenza di applicazione della pena ai sensi dell'articolo 444 del vigente c.p.p. - per un reato contro la P.A.), oppure il provvedimento giudiziale di rinvio a giudizio o l'avvio di procedimento disciplinare per condotte di natura corruttiva, ai fini della rotazione straordinaria di cui all'articolo 16, comma 1, lettera l)-quater, del d.lgs. n. 165/2001, e successive modifiche.

Informazioni ai sensi dell'articolo 13 del vigente Regolamento (UE) 2016/679 del Parlamento Europeo e del Consiglio del 27 aprile 2016

Titolare del trattamento dei dati personali: Istituto per l'edilizia sociale della Provincia autonoma di Bolzano con sede legale a Bolzano (BZ) in via Orazio n. 14. Numero telefonico: 0471-906666; indirizzo e-mail: info@ipes.bz.it; indirizzo PEC: info@pec.wobi.bz.it.

Responsabile della protezione dei dati (RPD): Renorm Srl, con sede legale a Bolzano in via del Macello n. 50. Numero telefonico: 0471-1882777; indirizzo e-mail: info@renorm.it; indirizzo PEC: renorm@legalmail.it.

Finalità del trattamento: i dati forniti saranno trattati da personale autorizzato dell'Istituto per l'edilizia sociale della Provincia autonoma di Bolzano anche in forma elettronica, per le finalità istituzionali connesse al procedimento amministrativo per il quale sono resi in base alla l.p. n. 6/2022, e successive modifiche, alla l. n. 190/2012, e successive modifiche, e corrispondenti norme attuative (in particolare: d.lgs. n. 33/2013, e successive modifiche, d.lgs. n. 39/2013, e successive modifiche, D.P.R. n. 62/2013, e successive modifiche), alla l.p. n. 17/1993, e successive modifiche, al D.P.P. n. 12/2018, e successive modifiche, e al vigente Codice di comportamento del personale dell'Istituto per l'edilizia sociale della Provincia autonoma di Bolzano. Il conferimento dei dati è obbligatorio per lo svolgimento dei compiti amministrativi richiesti. In caso di rifiuto di conferimento dei dati richiesti non si potrà dare seguito alle richieste avanzate ed alle istanze inoltrate.

Comunicazione e destinatari dei dati: i dati potranno essere comunicati al Responsabile della prevenzione della corruzione e trasparenza, al personale della Direzione generale e dell'ufficio Personale e organizzazione, per gli adempimenti degli obblighi di legge nell'ambito dello svolgimento delle proprie funzioni istituzionali e comunque in stretta relazione al procedimento amministrativo avviato. Potranno altresì essere comunicati a soggetti che forniscono servizi per la manutenzione e gestione del sistema informatico e/o del sito internet istituzionale dell'Istituto per l'edilizia sociale della Provincia autonoma di Bolzano. Tali soggetti si impegnano a non trasferire dati personali al di fuori dell'Unione Europea e dei Paesi dell'Area Economica Europea (Norvegia, Islanda e Liechtenstein).

Diffusione: laddove la diffusione dei dati sia obbligatoria per adempiere a specifici obblighi di pubblicità previsti dall'ordinamento vigente, rimangono salve le garanzie previste da disposizioni di legge a protezione dei dati personali che riguardano l'interessata/l'interessato.

Durata: i dati verranno conservati per il periodo necessario ad assolvere agli obblighi di legge vigenti in materia fiscale, contabile, amministrativa, per un periodo di 5 anni.

Processo decisionale automatizzato: il trattamento dei dati non è fondato su un processo decisionale automatizzato.

Diritti dell'interessato: in base alla normativa vigente l'interessata/l'interessato ottiene in ogni momento, con richiesta, l'accesso ai propri dati; qualora li ritenga inesatti o incompleti, può richiederne rispettivamente la rettifica e l'integrazione; ricorrendone i presupposti di legge opporsi al loro trattamento, richiederne la cancellazione ovvero la limitazione del trattamento. In tale ultimo caso, esclusa la conservazione, i dati personali, oggetto di limitazione del trattamento, potranno essere trattati solo con il consenso della/del richiedente, per l'esercizio

giudiziale di un diritto del Titolare, per la tutela dei diritti di un terzo ovvero per motivi di rilevante interesse pubblico.

Rimedi: in caso di mancata risposta entro il termine di 30 giorni dalla presentazione della richiesta, salvo proroga motivata fino a 60 giorni per ragioni dovute alla complessità o all'elevato numero di richieste, l'interessata/l'interessato può proporre reclamo all'autorità Garante per la protezione dei dati o inoltrare ricorso all'autorità giurisdizionale.

La persona interessata dichiara di aver preso visione delle informazioni sul trattamento dei dati personali.

Luogo/data Bz - 27.04.2023

La/Il dichiarante _____

